

Der Bahnhof Ennenda soll bald 94 Parkplätze aufweisen

Die Gemeinde Ennenda will mit der Sanierung der Bahnhofstrasse südlich des Bahnhofs 74 neue Parkfelder schaffen. Zehn gibt es schon im Norden, zehn weitere werden vom Gemeindehauspark verlegt.

Von Fridolin Elmer

Ennenda. – Wer in Ennenda aus dem Zug steigt, erblickt Unterschiedliches: Zum einen ist da das mondäne frisch renovierte Gemeindehaus, daneben fristet aber auch ein ungestaltetes Bahnhofsareal sein Dasein mit einem Warthäuschen, einem nicht mehr gebrauchten Güterschuppen, einem Kiosk im Stile einer Alphütte und mit viel Asphalt.

Andere Nutzung abgelehnt

Das soll ein Stück weit anders werden: Der Gemeinderat schlägt der Gemeindeversammlung vom 23. November vor, bei der Sanierung der Bahnhofstrasse auf dem brachliegen-

den Areal südlich des Bahnhofs 74 Parkplätze zu erstellen. Dabei soll zu den Häusern an der Bahnhofstrasse hin eine Baumallee integriert werden. Nördlich des Bahnhofs soll die Anzahl der Parkplätze von 10 auf 20 verdoppelt und deren Anordnung anders angelegt werden. Dafür verschwinden auf der anderen Seite 10 Parkplätze vor dem Gemeindehaus.

«Dies ist eine grosse Zahl», räumt Kaspar Elmer vom Bauamt ein. Aber erstens liege das Gelände in der Zone für Parkanlagen, Garagen und Parkplätze und sei somit ausschliesslich zu diesem Zweck zu nutzen. Eine andere Nutzung sei 2002 von der Gemeindeversammlung abgelehnt worden. Andererseits weist Elmer darauf hin, dass Anwohner in einigen Quartieren wie der Alten und der Neuen Wiese praktisch keine Möglichkeit hätten, ihre Autos zu parkieren.

Die Kosten von 240 000 Franken werden aus dem Konto «Laternengarage» finanziert, wo laut dem Gemeinderatsbulletin bereits rund die Hälfte des Kredites bereit steht.

Jürg Walcher, Präsident der Stiftung Pro Ennenda, hätte sich allerdings gewünscht, dass das Areal etwas fantasievoller und grüner gestaltet würde. Walcher hat als Mitglied der Umweltgruppe das Geschäft dort ebenfalls besprochen. Die grüne Gruppierung bestreite die Schaffung von neuem Parkraum auf dem Bahnhofareal grundsätzlich nicht. Wenn auch die Zahl der Parkplätze etwas gar grosszügig bemessen worden sei.

Die Velos vergessen?

Laut Walcher ist das Bedürfnis nach mehr Parkierungsmöglichkeiten im fraglichen Raum ausgewiesen. Denn das Gesellschaftshaus habe eine Zentrumsfunktion und sei bei Grossanlässen auf Parkplätze angewiesen. Dasselbe gelte für künftige Konzerte im renovierten Gemeindehaus. Zudem könne das Parkplatzangebot beim Bahnhof beim geplanten Ausbau der Äugstenbahn miteinbezogen werden.

Was die Grünen aber stört: «Die Anzahl der neuen Parkplätze steht in

keinem Verhältnis zu den Möglichkeiten, Velos in einem gedeckten Unterstand abstellen zu können», kritisiert Walcher. Er verweist dabei auf das Beispiel von Näfels. Dort gebe es bedeutend mehr gedeckte Velounterstände als Parkplätze. In Ennenda hingegen habe die Gemeinde für die Velos lediglich einen kleinen Unterstand vom Park des Gemeindehauses auf das Bahnhofareal gezügelt.

Bau-Chef Kaspar Elmer widerspricht jedoch: «Die SBB haben zugesagt, im kommenden Jahr gleich auch ihr Face-Lifting-Programm umzusetzen. Da wird es zusätzliche neue Velo-Unterstände geben.»

Myrta Giovanoli, Präsidentin der Glarner Grünen, ist darüber hinaus der Meinung, dass die neuen Parkplätze bewirtschaftet werden müssten. Wie dies an den meisten Bahnhöfen der Fall sei. «Sonst wird der Bahnhof Ennenda zum Magneten für Leute aus andern Gemeinden. Dies würde bedeuten, dass die Anwohner Mehrverkehr hinnehmen müssten», so die in Ennenda wohnhafte Giovanoli.



Autos statt Gras: Neben der zu sanierenden Bahnhofstrasse entstehen neue Parkplätze.

Bild Fridolin Elmer

Die Glarner Landsgemeinde soll eine Pumpwerksteuer beschliessen

Wie erst vor einigen Tagen bekannt wurde, verlangt ein von Fridolin Marti, Schwanden, im August eingereichter Antrag von der Landsgemeinde die Einführung einer Pumpwerksteuer. Die Details.

Glarus. – Der Schwandner Alt-SVP-Landrat Fridolin Marti verlangt eine Änderung des kantonalen Energiegesetzes. Und zwar nach dem Muster des Wasserrechtsgesetzes des Kantons Graubünden. Dort heisst es in Artikel 34: «Die Eigentümer von Pumpwerken haben den Konzessionsgemeinden und dem Kanton eine jährliche Pumpwerksteuer zu entrichten.» Weiter werden die Steuersätze sowie die Reduktionsmöglichkeiten definiert.

Daneben heisst es im Memorials-

antrag Marti: «Gleichzeitig ersuche ich Regierungs- und Landrat, die Konzession für Linthal 2015 unter diesen Vorbehalt zu stellen, dass bei Einführung einer Pumpwerksteuer auch diese Konzession mit einer Pumpwerksteuer zu belegen sei.»

Dieses «Ersuchen» ist inzwischen gegenstandslos, da die Konzession letzten Mittwoch vom Landrat verabschiedet wurde und dabei eine Pumpwerksteuer sogar explizit ausgeschlossen wurde.

Dem Kanton entgehen Einnahmen

In der Begründung schreibt Marti: «Bereits 1995 hat der Kanton Graubünden eine Pumpwerksteuer in das Wasserrechtsgesetz aufgenommen, nachdem die Bundesgesetzgebung eine solche Steuer ebenfalls ermöglicht.»

Bei der einmaligen geologischen

Lage der Kraftwerke Linth-Limmern und bei der riesigen Leistung des Pumpspeicherwerkes Linthal 2015 würden dem Kanton Glarus durch das Fehlen einer solchen Abgabe jährliche Einnahmen entgehen.

Marti teile die Einschätzung von Landesstatthalter Pankraz Freitag nicht, dass eine Pumpwerksteuer das Projekt Linthal 2015 gefährden könne. Dies «weil die Geologie des Geländes in Linthal derart geeignet ist für den Einbau eines Pumpspeicherwerkes wie kaum an einem andern Standort in der Schweiz.»

«Aargau & Co. profitieren»

Zudem müsse Freitag «als Verwaltungsrat der Konzessionsgesuchstellerin ein anderes Interesse vertreten, als das Interesse, das ich als einfacher Landmann des Kantons Glarus habe», so Marti weiter. Freitag wolle of-

fensichtlich den KLL respektive der Axpo zu einer möglichst günstigen Konzession verhelfen.

Der Kanton Glarus könne es sich aber nicht leisten, in den nächsten 80 Jahren auf eine solche Einnahme zu verzichten.

Marti ist in seiner Antragsbegründung der Auffassung, «dass mit dem Verzicht auf eine Pumpwerksteuer keine Wirtschaftsförderung für den Kanton Glarus betrieben wird, sondern zu 85 Prozent für die Axpo-Kantone Aargau, Zürich et cetera, die beim Standortwettbewerb unsere Konkurrenten sind».

Wie auch die kommende Landsgemeinde entscheiden wird: Für Linthal 2015 ist die Pumpwerksteuer vom Tisch. Sie käme erst bei Projekten zum Tragen, die nach einem allfälligen Landsgemeinde-Ja bewilligt würden. (so)

«Würde dem Ansehen des Kantons nützen»

Die Anna-Göldi-Stiftung nimmt in einer Medienmitteilung Stellung zur Verhandlung über die Rehabilitierung von Anna Göldi im Landrat. Diese findet am 7. November statt.

Mollis. – Die Anna-Göldi-Stiftung gibt in ihrem Schreiben der Hoffnung Ausdruck, dass der Landrat an seiner Sitzung die Motion von Ständerat Fritz Schiesser und Mitunterzeichnern überweisen und die Rehabilitierung der 1782 hingerichteten Frau gutheissen wird.

«Anna Göldi ist das berühmteste Justizopfer des Kantons Glarus und der seinerzeitige Prozess ein Schandfleck in seiner stolzen Geschichte. Warum sollen wir uns 225 Jahre danach nicht deutlich und ohne jeden Vorbehalt dazu bekennen? Es wäre eine Premiere: Erstmals würde ein Parlament eine sogenannte Hexe rehabilitieren. Dies würde dem Ansehen eines fortschrittlichen Kantons nützen.»

Diskussion neu beleben

Die Stiftung wolle die Diskussion und Forschung zum Fall Göldi keineswegs abschliessen, wie die Regierung behauptete, sondern neu beleben. Die Stiftung stelle das unter Beweis, indem sie den Todestag vom 13. Juni als Gedenktag eingeführt hat, ein Freilichtfestspiel plant und an der Gründung des Museums beteiligt war.

«Die Rehabilitierung wäre die würdige Krönung des Jubiläumsjahres», heisst es weiter. Die Stiftung finde es fragwürdig, dass der Regierungsrat als Alternative zur Rehabilitierung für künftige vage Projekte viel Geld ausgeben wolle. «Sinnvoller wäre es, er würde bereits bestehende Aktivitäten und Einrichtungen wie das ebenfalls der Forschung dienende Anna-Göldi-Museum in Mollis fördern.»

«Unverzichtbarer Teil»

Es sei unverständlich, dass sich der Regierungsrat gegen die Rehabilitierung wehre. «Die Rehabilitierung ist nicht der einzige, aber ein unverzichtbarer Teil der moralischen Wiedergutmachung.

Daraus würde niemandem – weder Staat, Kirche oder Privatpersonen – irgendein Nachteil oder Schaden erwachsen», schreibt die Anna-Göldi-Stiftung abschliessend. (so)

ANZEIGE



IMPRESSUM

DIE SÜDOSTSCHWEIZ

Unabhängige schweizerische Tageszeitung mit Regionalausgaben in den Kantonen Graubünden, Glarus, St. Gallen und Schwyz.

Verleger: Hanspeter Lebrument
Direktor: Andrea Masüger
Redaktionsleitung: Andrea Masüger (Chefredaktor), Pieder Caminada, René Mehrmann (Stv. Chefredaktoren), Hansruedi Camenisch (Sport), Gisela Fempel (Überregionales), Rolf Hösli (Redaktionen Glarus und Gaster/See), Philipp Wyss.

Verlag: Südostschweiz Presse AG, Chur.
Ab- und Zustellservice: Zwinglistrasse 6, 8750 Glarus, Telefon 0844 226 226, E-Mail abo@suedostschweiz.ch.
Anzeigen: Südostschweiz Publicitas AG.

Erscheint siebenmal wöchentlich.
Gesamtauflage: 130 801 Exemplare.

Adresse: Die Südostschweiz, Zwinglistrasse 6, 8750 Glarus, Telefon 055 645 28 28, Fax 055 640 64 40.
E-Mail: Redaktion Glarus: redaktion-gl@suedostschweiz.ch.
Ein ausführliches Impressum erscheint in der Samstagausgabe.